

## Verkehrssicherheit ist mehr als Tempolimit

Sicherheit ist das ‚A und O‘ im Straßenverkehr. Jeder Verkehrstote und Verletzte ist einer zu viel. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich mit aller Kraft dafür ein, die Verkehrssicherheit in Deutschland zu erhöhen und dafür die richtigen Anreize zu schaffen. Dazu gehören unter anderem auch der Umbau von Unfallschwerpunkten, die Bereitstellung



sicherer Infrastruktur sowie gute Rahmenbedingungen für intelligente Fahrzeugtechnik.

Punktuelle Tempolimits sind sinnvoll, wo schlechte Sichtbedingungen herrschen oder andere Gründe die Verkehrssicherheit gefährden. Aber ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ist nicht sinnvoll. Das ist reine Gängelei. Dabei unterbietet Sigmar Gabriel mit seiner Forderung nach einem Tempolimit von 120 km/h sogar noch die eigene Partei. Die SPD hatte sich in ihrem Parteitagbeschluss von 2007 auf 130 km/h geeinigt.

Wir sind uns hingegen einig: Wir wollen unsere Anstrengungen dort konzentrieren, wo die meisten Unfälle passieren – also in den Städten und auf Landstraßen. Wie wir wissen, passieren die meisten Unfälle innerhalb von Ortschaften (68,7 Prozent) und auf der Landstraße (25,3 Prozent) – hingegen nur sechs Prozent auf der Autobahn. Der Appell geht an rücksichtslose Fahrer, die andere Verkehrsteilnehmer gefährden, dieses zu unterlassen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt in diesem Zusammenhang besonders die Vorlagen zur Reform des Verkehrszentralregisters: Die neuen Regelungen konzentrieren sich ausdrücklich auf Verkehrssünder, die wiederholt und rücksichtslos die Verkehrssicherheit gefährden. Schwere Verstöße werden härter bestraft. Damit haben wir ein wirksames Mittel auf den Weg gebracht, um die Sicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen

Foto: Rolf Neumann / pixelio.de



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!

Hinter uns liegt nun die viertletzte Sitzungswoche der Wahlperiode. Wir haben wichtige Entscheidungen bei der Bankenregulierung getroffen, uns um die Neuausrichtung der Bundeswehr gekümmert, das Gesetz für die Suche nach einem atomaren Endlager ist auf den Weg gebracht, die erfolgreiche Mission zur Pirateriebekämpfung vor den Küsten Somalias wird fortgesetzt und die Kinder- und Jugendhilfe wurde weiter vereinfacht. Wir, die Union, arbeiten in der Koalition an vielen unterschiedlichen Themen, um Deutschland und seine Menschen weiter voranzubringen.

Schon vor Ende der Wahlperiode ist klar: Es waren vier gute Jahre für unser Land. Unser Ziel ist und bleibt, dass auch Europa nach der Krise besser dastehen soll als zuvor. Deswegen arbeiten wir weiter unbeirrt an der Verbesserung und Durchsetzung der Regeln für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität in Europa. Wir wollen nicht, dass sich Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir wollen auch nicht, dass Schulden der Vergangenheit in Europa vergemeinschaftet werden. Und wir wissen, dass Europa mehr ist als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist ein Kontinent der Freiheit, der Demokratie, des Rechts – also eine Wertegemeinschaft, die man nicht um kurzfristiger politischer Vorteile willen auf's Spiel setzen darf. Europa ist bei unserer Bundeskanzlerin in guten Händen.

Während wir weiter mit Augenmaß für unser Land arbeiten, schaltet die Opposition schon auf Wahlkampfmodus und überbietet sich mit immer neuen Plänen zur Volkserziehung - und verwirrt das Land. So will der Chef der SPD Tempo 120 auf Autobahnen, seine Partei hatte aber Tempo 130 beschlossen und ihr Kanzlerkandidat hält das alles nicht für sinnvoll. Die Grünen setzen noch eins drauf und wollen flächendeckend Tempo 80 auf Landstraßen und Tempo 30 in der Stadt. Da ist nur eins klar: So kommt unser Land nicht voran.

Auch die Wahrheit über die rot-grünen Steuerpläne kommt Stück für Stück ans Licht. Immer mehr Experten und Bürger rechnen nach und merken, dass bei weitem nicht nur Spitzenverdiener und Reiche zur Kasse gebeten werden sollen. Die Belastungen würden weite Teile der Mittelschicht treffen, nicht einmal Familien würden geschont. Wer eine Vermögensteuer einführen will, muss zuerst einmal alle 82 Millionen Bundesbürger flächeneckend auf Vermögen überprüfen. Auch das verschweigen SPD und Grüne.

Neid und Missgunst spalten die Gesellschaft. Wir wollen zusammenführen. Die Alternativen werden klar.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht

Ihr

Helmut Brandt MdB

## Neuausrichtung der Bundeswehr ist auf erfolgreichem Weg



Der von CDU/CSU und FDP geschlossene Koalitionsvertrag sah die Einsetzung einer Kommission durch den Bundesminister der Verteidigung, die bis Ende 2010 einen Vorschlag für Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr, inklusive der Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, zu erarbeiten hatte, vor. Mit der von der Kommission beschriebenen Neuausrichtung wird die Bundeswehr für die heutigen und absehbar zukünftigen Aufgaben aufgestellt und ausgestattet.

Auf dieser Grundlage wird der zukünftige Bundeswehrumfang aus bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten und 55.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen. Darunter befinden sich bis zu 15.000 Freiwillig Wehrdienstleistende. Es werden rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein. Mit dem Freiwilligen Wehrdienst wird jungen Menschen in der Bundeswehr eine neue Möglichkeit eröffnet, unserem Land zu dienen. Das Verteidigungsministerium (BMVg) wurde deutlich verkleinert und verschlankt, um die Effizienz der strategischen Leitung zu steigern. Die Streitkräfte können mit weniger Hierarchieebenen und durch Konzentration auf die operativen Aufgaben erheblich flexibler die für die Politik erforderlichen Handlungsoptionen bereit halten. Auch die Bundeswehrverwaltung wurde deutlich reduziert und enger mit den Streitkräften verzahnt, um die gemeinsame Einsatzorientierung zu stärken. Die Neuausrichtung verlangt von den Angehörigen der Bundeswehr und des BMVg sehr viel - jetzt und in absehbarer Zukunft. Im Gegenzug aber entstehen verlässliche Strukturen und Prozesse, die robust genug sind, um auf zukünftige sicherheitspolitische und wirtschaftliche Entwicklungen ohne erneute grobe Einschnitte in größerem Umfang reagieren zu können.

Die Bundeswehr wird durch die Neuausrichtung in die Lage versetzt, als Freiwilligenarmee und mit Unterstützung einer flexiblen und leistungsfähigen Verwaltung den sicherheitspolitischen, demographischen und finanziellen Herausforderungen zu entsprechen. Viele der eingeleiteten Maßnahmen werden dabei auch noch durch zukünftige Bundesregierungen begleitet werden müssen, jedoch sind die entscheidenden Schritte bereits getan. Die Basis für eine auch zukünftig erfolgreiche Auftrags Erfüllung der Bundeswehr in der Heimat und im Einsatz ist gelegt ob im nationalen oder multinationalen Rahmen der NATO, der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen.

Foto: Gemen64/pixelio.de

## Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe

Ziel des vorgegebenen Gesetzentwurfs ist die Aktualisierung des Rechts der Kinder- und Jugendhilfe in unterschiedlichen Regelungsbereichen und die Verwaltungsvereinfachung in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe.

Der beschlossene Gesetzentwurf gliedert sich in folgende Regelungsbereiche:

1. In der Kinder- und Jugendhilfe werden für stationäre oder teilstationäre individuelle Leistungen Kostenbeiträge erhoben. Die Regelungen der Kostenheranziehung werden mit dem Gesetzentwurf den aktuellen rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen angepasst.
2. Der Gesetzentwurf stellt klar, dass sich die Förderkompetenz und Förderungsverpflichtung des Bundes im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auch auf die Tätigkeit der Jugendorganisationen der politischen Parteien auf dem Gebiet der Jugendarbeit beziehen.
3. Die Datenlage als unverzichtbare Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe wird verbessert. Zur Verbesserung der Datenlage in der Kinder- und Jugendhilfe werden insbesondere die statistischen Erhebungen zur Kinder- und Jugendarbeit neu konzipiert und Nachbesserungen in den Erhebungsmerkmalen zur Adoption vorgenommen; ferner wird die Häufigkeit der Erhebungen zu den Einrichtungen und (in ihnen tätigen) Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) erhöht.
4. Die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen wird auf den Umgang mit dem leiblichen, nicht rechtlichen Vater ausgedehnt.
5. Die Befristung des Leistungstatbestandes zur Hilfe für die Betreuung in einer Pflegefamilie im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wird verlängert.

### Impressum:

Ausgabe Nr.: 9 -09/13  
19. Mai 2013

**Helmut Brandt MdB**  
Platz der Republik 1, 11011  
Berlin  
Tel.: 030 / 227-71472  
Fax: 030 / 227-76471  
E-Mail:  
helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:  
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf  
Tel.: 02404/557830,  
Fax: 02404/673445  
E-Mail:  
helmut.brandt@wk.bundestag.de  
Internet: helmut-brandt.de